

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Bezugpreis: ein Jahr monatlich 1,50 Reichsmark durch die Post bezogen monatlich 1,50 Reichsmark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresden Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-L. / Geschäftsstelle: Dresden-Alte Marktstraße 2 / Fernsprecher: 17254 / Postfachkonto Dresden Nr. 18691
Erscheinenszeiten: Montag von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde Mittwoch von 17 bis 18 Uhr für Betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen Freitag von 18 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde
Anzeigenpreise: Die neuzeitlich gehaltene Non-artiklerische oder deren Raum 2,50 RM, für Familienanzeigen 2,20 RM für die Reklameweile anstehend an den dreißigjährigen Zeit einer Zeitspalte 1,50 RM Einzelzeilen-Zunahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alte Marktstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Normalpreise kein Anbruch auf Zierlegung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Druckpreises

5. Jahrgang Dresden, Mittwoch den 18. Dezember 1929 Nummer 293

Blutbad unter den Erwerbslosen Frankfurts

Jeder Pfennig Beihilfe muß erkämpft werden / Das ist die Praxis des Youngplan-Kurses! / Dennoch Winterbeihilfe erzwungen / Auch im Dresdner Rathaus kommunistischer Winterhilfe-Antrag!

Donnerstag, den 19. Dezember Erwerbslosenforderungen in Dresden, 19 Uhr Bischofsplatz, Freiburger Platz, Holbeinplatz

Gummiknüppel und blaue Bohnen statt Hilfe Stadtrat verweigert Zahlung bewilligter Beihilfe

Von unserem Frankfurter Korrespondenten

Frankfurt a. M., 18. Dezember.

Die hiesige Stadtverwaltung hat die Erwerbslosen in geradezu unglaublicher Weise provoziert. Am Montag bereits hatte das Stadtparlament auf kommunistischen Antrag eine Winterbeihilfe für alle Erwerbslosen und Hilfsbedürftigen bewilligt. Der Magistrat jedoch hat ihre Auszahlung verweigert. Diese Maßnahme hatte eine ungeheure Empörung unter den Erwerbslosen hervorgerufen, die in massiven Demonstrationen in den geliebten Abendstunden ihren Ausdruck fand. Die Polizei hatte unter Leitung des sozialdemokratischen Präsidenten sämtliche Zugangsstraßen zum Rathaus abgesperrt und provokante die demonstrierenden Erwerbslosen durch rigorose Säuberungsmassnahmen. Die Erwerbslosen, die sich in ihrem Recht betrogen fühlten, verfassten dennoch in die Nähe des Rathauses zu gelangen, um den Herrn Stadtvater ihre Meinung zu sagen über die Schindluderpolitik, die mit den Merkmalen der Armen getrieben wird. Darauf ging die Polizei mit der Schußwaffe vor und schlug die Beihilfe unter den Demonstrierenden an. Während die Polizei, die von „Aufruhr“ infiziert, ganze drei Verletzte aufnahm, hat die Zahl der Verletzten unter den Erwerbslosen viel ärger. Genauer konnte nicht festgestellt werden, da die Demonstrierenden ihre Verletzungen vorerst nicht in die Öffentlichkeit brachten. Bis in die letzten Nachmittunden hinein gingen die Auseinandersetzungen zwischen den erbitterten Erwerbslosen und der Polizei vor sich.

Während dieser Zeit kam es zu häßlichen Szenen in der Stadtkonferenzsaalversammlung, da die Kommunisten in klaren Worten das unannehmliche Verhalten des Magistrats kennzeichneten und dabei häßlichen Beifall auf der Tribüne erhielten. Die Sitzung mußte 1 1/2 Stunden unterbrochen werden, um die von Seiten der Kommunisten und Sozialdemokraten vorliegenden Entwürfe auf Auszahlung der beschlossenen Beihilfe im Ausschuss zu beraten. Nach dieser Ausschussberatung, in der die Sozialdemokraten von der ursprünglichen Forderung zurückwichen, wurde dann im Plenum

unter dem Druck der in den Straßen stattfindenden Demonstrationen immerhin noch eine Winterbeihilfe von 20 Mark für den Erwerbslosen und 5 Mark für die Ehefrau bewilligt.

Der Kampfwilligkeit der Frankfurter Erwerbslosen hat jedenfalls gezeigt, daß die aus dem Produktionsprozeß durch die kapitalistische Rationalisierung und Mißwirtschaft ausgegliederten Arbeiter nicht mehr gewillt sind, um der letzten „Nahe und Ordnung“ willen, die der Youngplan verlangt, launlos nach dem Friedhof auszuwandern. Das Beispiel Frankfurts muß allen Erwerbslosen im Reich zeigen, daß selbst die geringste Summe für die Hilfeleidenden dem bürgerlichen Staats- und Verwaltungsapparat nur durch härtesten Kampf abgerungen werden kann.

Grecher Hohn der Antivollstetigen

Millionen für reiche Kulaken, kein Geld für Erwerbslose

Berlin, 18. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Im Haushaltsauschuss des Reichstags sprach Genosse Bauer gestern zur Regierungsforderung von 6 Millionen Mark zur Verwendung für die aus der Sowjetunion ausgewanderten Kulaken. Als Senator und der Reichskommissar Stücken die Debatte zur Aufreißung des alten Schwabens über die Not der ausgewanderten Deutschen benutzten, wurden sie vom Genossen Bau auf den Verzicht des deutschen Volkstums in Moskau hingewiesen. Den von der Sozialdemokratie und der Bourgeoisie aufgelegten Schwandel sollen die Arbeiter mit 6 Millionen Mark bezahlen. Wo bleibt dann, fragte Genosse Bau, die Hilfe für die geschädigten Auslandsdeutschen, die, wenn es sich um Kleingeld handelt, vergeblich auf Erlös ihrer Schäden warten? Wo bleibt die Hilfsaktion zugunsten der notleidenden Kleinrentner, Erwerbslosen und Kriegsopter? Auf diese Frage schweigen Senator und Stücken, wie sie auch zu den leibhaftigen bürgerlichen Verhinderern gemacht Angaben über vorzügliches Aussehen, die gute Kleidung, Feinmäntel, Federjaken und Gummigalosen der ausgewanderten Kulaken nicht zu sagen wußten.

Über 50000 Erwerbslose in Dresden!

Die Erwerbslosigkeit nimmt einen solchen Massencharakter an, daß allein in Dresden für die vorige Woche 48000 Arbeitslose gemeldet sind. Inzwischen ist ein weiterer Zugang von Erwerbslosen zu verzeichnen, so daß bereits über 50000 vorhanden sind. Diese Erwerbslosenzahl bedeutet, daß in Dresden bereits über 25 Prozent direkt unter der Erwerbslosigkeit zu leiden haben. Dabei ist besonders zu beachten, daß die Zahl der Reichsbahnarbeiter auf 900 zurückgegangen ist. Die großen Beschäftigten vor der Staatsratswahl sind schnell

vergessen. Keine der bürgerlichen Parteien, auch nicht die SPD-Fraktion, rühnen einen Finger, um wenigstens einige Millionen dem Elend der Erwerbslosen zu begegnen. Wenn in der letzten Woche 27795 Unterstützte gemeldet sind, so bedeutet das ein erschreckendes Anwachsen gerade der Ausgehenden, die beinahe 50 Prozent aller Erwerbslosen beträgt.

Aus diesen Gründen hat die KPD-Fraktion im Dresdner Rathaus einen Antrag gestellt, um der dringenden Not der Erwerbslosen und ihrer Familienangehörigen durch eine Winterbeihilfe abzuhelfen. Der kommunistische Antrag lautet:

„Antrag.

Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, allen Erwerbslosen, Sozialrentnern und von der Fürsorge Betroffenen eine Beihilfe von 30 RM, die um je 10 RM für jeden zu behebenden Angehörigen zu erhöhen ist, sofort zur Auszahlung zu bringen.“

Der Erwerbslosenausschuss Dresden hat die Erwerbslosen zu einer

Demonstration für Donnerstag den 18. Dezember, 19 Uhr, aufgerufen,

um den „Horthersagen“ um Wähler und Wähler zu beweisen, daß sie gewillt sind, mit der kommunistischen Partei für die Durchführung des Antrages zu kämpfen. Die anwachsende Erwerbslosenzahl wird auch für die Lohnkämpfe der noch beschäftigten Betriebsarbeiter zu einer Gefahr, wenn nicht die Belegschaften mit ganzer Kraft die Forderungen der Erwerbslosen unterstützen.

Die Bourgeoisie hat ein Interesse daran, die Massen der Erwerbslosen ohne jegliche Unterstützung zu lassen, damit die Höhe der Belegschaften gedrückt werden. Es ist das Ziel, den Youngplan auf Kosten der Massen zu verwirklichen, nur möglich, wenn es der Bourgeoisie gelingt, die Erwerbslosen von den Betriebsarbeitern zu trennen, um so eine Gruppe nach der anderen niederzuschlagen. Selbstverständliche Pflicht jeden Massenbewussten Arbeiters muß es deshalb sein, seine Kollegen und Kollegen zu überzeugen, mit den Erwerbslosen gemeinsam gegen den Hungertod der Bourgeoisie

zu demonstrieren. Dem Hungertod, der von der reaktionären Front der Volksausbeuter durch Zollmühen, Steuern und Abbau der Unterhaltungen für die Opfer des kapitalistischen Systems brutal durchgesetzt werden soll, diesem reaktionären Elend von der SPD bis zu den Nazis muß die geschlossene Front der kämpfenden Massen entgegengestellt werden.

Alles auf zur Demonstration für die Erwerbslosenforderungen

Donnerstag 19 Uhr: Bischofsplatz — Holbeinplatz — Freiburger Platz

Kontrolliert die Faschisten am 22. Dezember!

Mit einem Riesenaufwand an Agitation und Propaganda versuchen die Leute von Hugenberg und Hitler seit Monaten die Massen einzufangen, um sie für ein Vertrauensvotum zugunsten eines faschistischen Diktators in Deutschland zur Steigerung des Profits für die Trustkapitalisten am 22. Dezember zu gewinnen. Daß diese Betrüger ihre Absichten in die demagogische Lösung „gegen den Youngplan“ kleiden, kann über ihre wirklichen Ziele nicht hinwegtäuschen. Die Arbeitermassen dürfen den Demagogie von Hugenberg und Hitler die Antwort nicht schuldig bleiben. Der Platz der Proletarier muß am 22. Dezember auf den Straßen sein. Die Transparente mit den Kampfparolen gegen den Youngplan, die die Forderungen der Massen aus den Betrieben und von den Stempelstellen sind, müssen bei den Demonstrationen mitgeführt und vor den Abstimmungsstellen aufgestellt werden.

Vor allen Abstimmungsstellen und im Lokal muß durch Vertrauensleute oder Beistitzer eine genaue Kontrolle sämtlicher sich Einzeichnenden vorgenommen und jeder einzelne auf Listen registriert werden.

Die Betriebsbelegschaften, die Stempelstellen, die Sportorganisationen usw., müssen diese Kontrolle der faschistischen Arbeitseindringler und Streifbretter gründlich vorbereiten. In jedem Ort und Stadtteil muß ein weithin kenntliches Zentrallokal vorhanden sein, in dem die Listen ausgegeben und die Verteilung aller vorhandenen Kräfte auf die Abstimmungslokale erfolgt. Das revolutionäre Proletariat muß seine Feinde genau kennen, deshalb ist eine Vorkontrolle sämtlicher Abstimmenden unbedingt erforderlich. Diejenigen, die aus Unklarheit auf

die Demagogie der Hitlerbanden hereingefallen sind, müssen noch vor den Einzeichnungslokalen eingehend über den wirklichen Kurs der Hugenberg-Hitler und Selbste aufklärer und überzeugt werden, daß die Teilnahme an der Abstimmung ein Verbrechen gegen die arbeitenden Massen ist. Alle revolutionären Arbeiter und Arbeiterinnen müssen an diesem Tage die werktätigen Massen auffordern, mit der kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition den Kampf um die Forderungen des ersten Reichstagskongresses der revolutionären Opposition zu organisieren, den Betrüger von Hugenberg die einzig richtige Antwort: Eintritt in die KPD zum revolutionären Kampf gegen den Youngplan, erteilen. Der Kampf gegen den Youngplan kann nur wirksam geführt werden, wenn das Proletariat Deutschlands den Kampf gegen die Trustbourgeoisie und ihre Helfershelfer um keine Exzentralforderungen führt. Ebenso wie Hermann Müller, Senzeng und Co. sind auch die Hitler und Hugenberg für die Durchführung des Youngplans. Nur die breiten Massen, die in der schamlosesten Weise ausgeplündert werden sollen, sind der kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition den Kampf für ihre Lebensforderungen, der gleichzeitig ein Kampf gegen das Raubprogramm des Finanzkapitals und das kapitalistische System ist, aufzunehmen.

Mobilisiert die Betriebe, Stempelstellen und die proletarischen Organisationen

gegen die nationalfaschistischen Demagogen und gegen den Diktaturkurs gegen die Arbeiterklasse!